

Briefe gegen Brandt

Die vier Strafanzeigen gegen SPD-Chef Willy Brandt wegen des Verdachts der uneidlichen Falschaussage vor dem Flick-Untersuchungsausschuß haben alle dieselbe Grundlage: den Bericht des



Briefschreiber Vielain

„Welt am Sonntag“-Büroleiters in Bonn, Heinz Vielain, vom 23. Februar über Vorwürfe der CDU/CSU gegen den politischen Gegner („Union: Brandt sagte falsch aus“). Zwei der Anzeigen, die bei der Bonner Staatsanwaltschaft eingingen, sind anonyme Briefe, die dritte stammt von einer Frau aus Westfalen „im Namen zahlreicher Bürger“. Allen liegt der Vielain-Bericht bei. Als vierte Anzeige wertet die Staatsanwaltschaft ein Schreiben des Springer-Autors selbst. Darin weist auch er auf seinen Bericht hin und fügt hinzu: „Wir hatten leider sehr wenig Platz, sonst hätte ich im Hinblick auf eine mögliche Beweisführung einiges mehr geschrieben. Für den Fall, daß mein Bericht bei Ihnen Anlaß für irgendwelche Prüfungen sein könnte, schicke ich Ihnen aus Arbeitersparnisgründen alle Unterlagen, die mir bei der Abfassung des Berichts zur Verfügung standen.“

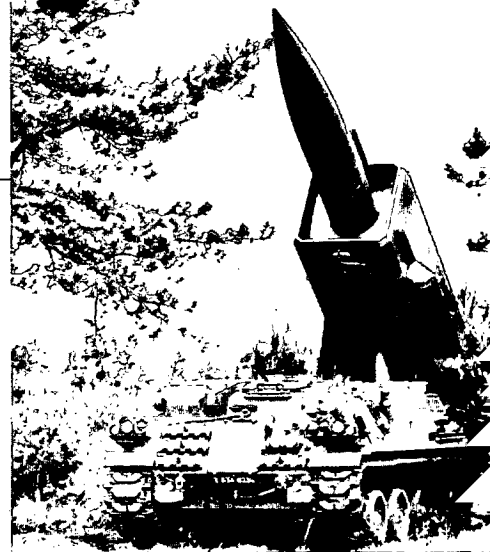
Milliarden-Betrug?

Kurz vor den französischen Wahlen am nächsten Sonntag muß sich die Pariser Regierung mit einer peinlichen Angelegenheit beschäftigen: Gegen hohe französische Beamte wird in der Schweiz wegen Betrugs ermittelt. Die Vorgeschichte reicht über drei Jahre zurück. Nach dem Regierungsantritt von François Mitterrand war das internationale Kapital zunehmend aus Frankreich geflohen und hatte die sozialistische Regierung in eine arge Finanzklemme gebracht. Mehrere private Finanzmakler halfen und besorgten in Saudi-Arabien ein Darlehen über 22,35 Milliarden Dollar. Als Gegenleistung für das sogenannte „Josephine“-Geschäft sagte Paris den

Maklern hohe Provisionen zu. Doch nachdem das Geld da war, so behaupten die Makler, drückten sich die Franzosen um die Bezahlung. Weil die Provisionen in der Schweiz gezahlt werden sollten, ermittelt jetzt die Zürcher Bezirksanwaltschaft.

„Nicht das Maximum“

Die von Frankreich zugesagten Konsultationen vor dem Einsatz taktischer französischer Atomwaffen gehen der Bundesregierung nicht weit genug. Staatspräsident Mitterrand hatte dem Kanzler zugesagt, ihn zu informieren – „in den Grenzen der außerordentlichen Schnelligkeit, mit der solche Entscheidungen zu treffen sind“. Kohl rühmte das als „Akt der Freundschaft“, tatsächlich halten seine Berater und Bonner Militärs die Absprache „nicht für das Maximum des Wünschbaren“. Die Bonner, heißt es im Kanzleramt, werden auf „weitreichende Festlegungen“ dringen, sie wünschen Einblick in die Zielplanung beim Einsatz der taktischen französischen Atomwaffen. Die Bundesregierung möchte vor



Französische „Pluton“-Atomrakete

allem verhindern, daß die Atomsprengköpfe des westlichen Nachbarn im Kriegsfall auf deutschen Boden, einschließlich der DDR, niedergehen. Derzeit würden die in Frankreich stationierten 44 „Pluton“-Raketen mit einer Reichweite von nur 120 Kilometern tatsächlich auf bundesdeutschem Gebiet explodieren – eine Aussicht, die Verteidigungsminister Manfred Wörner für einen „unerträglichen Zustand“ hält. Über das Aussparen des deutschen Ge-

Spionage: „Der landet im Sarg“

Mehr als vier Monate lang waren die Abwehr-Spezialisten des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) sicher, einen sowjetischen Überläufer zu betreuen. Mittwoch letzter Woche aber, bei einem Treffen im Auswärtigen Amt, wechselte der Kaufmann und mutmaßliche KGB-Agent erneut die Front: Der Mann namens Schuwalow behauptete, BfV-Mitarbeiter hätten ihn „gewaltsam festgehalten“, und verlangte, „sofort“ in die Heimat gebracht zu werden.

Obgleich ihm die Konsequenzen klargemacht wurden (ein Beamter: „Der landet im Zuchthaus oder im Sarg“), beharrte Schuwalow auf Rückkehr. Am Donnerstag, nach eingehenden Beratungen auf höchster Ebene – Bundeskanzler Helmut Kohl war eingeweiht –, gab die Regierung dem Sinneswandel nach. „Wir haben kein Recht“, verteidigte ein Ministerialer die Entscheidung, „einen solchen Mann festzuhalten.“

Der Fall hatte am 22. Oktober vergangenen Jahres in Köln begonnen. Schuwalow, leitender Angestellter einer sowjetisch-deutschen Handelsfirma mit Sitz im rheinischen Bergisch Gladbach, wurde auf einer Vorort-Kreuzung in einen Verkehrsunfall verwickelt und verletzt. Am Unfallort erklärte er Polizeibeamten, er fühle sich „bedroht“. Offenbar glaubte Schuwalow, eigene Leute hätten die Karambolage inszeniert.

Noch am selben Tag übernahm das BfV die Ost-West-Angelegenheit, da Schuwalow, mittlerweile im Krankenhaus, „um Schutz und Betreuung“ nachsuchte. Der Patient wurde später ins Koblenzer Bundeswehrlazarett verlegt.

Bis zum 5. März lebte Schuwalow in ständiger Obhut des BfV, Kontakte zu den Sowjets gab es in der Zwischenzeit offenbar nicht. Dann verlangte er, im Auswärtigen Amt mit einem Landsmann aus der Botschaft zu sprechen.



KGB-Überläufer Jurtschenko